BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Königstein

Was haben wir seit der letzten Kommunalwahl erreicht? Eine Übersicht zur Umsetzung des Wahlprogramms 2016 durch die GRÜNE Fraktion

Der kommunale Haushalt

Zu Beginn der Legislaturperiode war der städtische Haushalt durch hohe Überschuldung geprägt. Insbesondere die Kassenkredite waren ausgeschöpft. Der Haushalt war erst nach Nachbesserungen genehmigungsfähig geworden. Das Potential für Investitionen war gering. Das Wahlprogramm der GRÜNEN war geprägt durch die Intention, Einnahmen zu generieren.

In den folgenden Jahren verbesserte sich die Wirtschaftslage deutlich. Durch hohe Gewerbesteuereinnahmen wurde Königstein finanziell wieder handlungsfähig. Die Kassenkredite wurden zurückgeführt, Hochzinskredite zu günstigeren Konditionen umgeschuldet. Die Verbindlichkeiten pro Kopf steigen zwar, die angesetzten Mittel werden aber fast ausschließlich in Investitionen für die Stadtentwicklung verplant.

Heute stellt ein großes gesellschaftliches Problem die Steigerung der Mieten in Königstein dar, die auch durch mittlere Einkommen nicht mehr aufgebracht werden können. Auch deshalb setzt man nun mehr auf integrierte Wohn- und Gewerbegebiete, die eher dem Ziel der ‚Stadt der kurzen Wege' entsprechen.

Die Überprüfung der städtischen Ausgaben auf Kosten- und Leistungsgerechtigkeit wird zum Teil durch den Magistrat gewährleistet. Auch der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt die Ausgaben und prüft die Aufstellung des kommunalen Haushalts.

1. Ausgabenkürzungen zu Lasten der Bürger wurden nicht vorgenommen.
2. Der Einführung der Zweitwohnungssteuer in Höhe von 10 Prozent der Miete wurde als sozial verträglich von den **GRÜNEN** zugestimmt.
3. Das Stadtmarketing wurde personell und finanziell in einem gemeinsamen Antrag der Kooperation auch mit den Stimmen der **GRÜNEN** aufgestockt.
4. Ökologische und soziale Kriterien wurden noch nicht in das Beschaffungswesen integriert. Bislang wird nur die Umsetzung von Fair Trade Bedingungen geprüft, ein Antrag der SPD, den die **GRÜNEN** gerne unterstützt haben. Das **Lieferkettengesetz** wird das Problem nachhaltiger und sozialer Beschaffung auch für Kommunen vereinfachen. Es wird im Bund von der Großen Koalition und auch auf europäischer Ebene jedoch bereits seit langem verzögert. Hier gilt: bei der nächsten Bundestagswahl 2021 das Kreuz bei den GRÜNEN machen!
5. Bezüglich der Sanierung des Kurbades wurden rechtliche Voraussetzungen geschaffen, um die Planungen zu vergeben. Durch den Ankauf des benachbarten Grundstücks „Im Wiesengrund" und der Aufstellung eines ersten Bebauungsplans wurden Grundlagen für die Finanzierung und Erschließung des Komplexes mit Zustimmung der **GRÜNEN** gelegt.
6. Drei Projekte zum preisgünstigen Wohnraum wurden in der Legislatur mit den **GRÜNEN** angeschoben: Das Mehrgenerationenhaus am Kaltenborn befindet sich derzeit in der Ausschreibungsphase. Zum Standort für das Projekt der Heuckeroth-Stiftung wurde noch keine politische Einigung erreicht. Die **GRÜNEN** haben ihre

Zustimmung zur Bebauung des Wiesengrunds von der Widmung eines Teils der Geländefläche für bezahlbaren Wohnraum abhängig gemacht.

Erneuerbare Energien

In den letzten Jahren der Legislatur hat sich zwar die Überzeugung der Notwendigkeit für den Wechsel zu erneuerbaren Energien in weiten Teilen durchgesetzt, die Umsetzung hinkt jedoch hinter den Anforderungen trotz hoher Subventionen noch deutlich hinterher. So ist die Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen bislang noch nicht in den Bebauungsplänen vorgeschrieben. Auch im kommunalen Bereich muss diese Umorientierung noch bedeutend stärker verankert werden.

1. Das Solarpotentialkataster ist inzwischen von der **Hessischen Landesregierung aus CDU und GRÜNEN** im Internet zugänglich gemacht worden.
2. Der Einstieg in die Energieversorgung durch Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden wurde vor Jahren mit dem Dorfgemeinschaftshaus Mammolshain begonnen. Das Rathaus Königstein und das Feuerwehrhaus Schneidhain werden demnächst auf **Initiative der GRÜNEN** mit Solaranlagen ausgestattet. Alle Maßnahmen werden öffentlich bezuschusst.
3. Die Straßenbeleuchtung wurde auf **Antrag der GRÜNEN** zu LED in einem niedrigeren Frequenzbereich umgestellt, um die Fauna nicht zu irritieren und zu gefährden.
4. Die Zustimmung zum Bebauungsplan Hardtberg machten die **GRÜNEN** von der zentralen hocheffizienten Energieversorgung des Wohn- und Gewerbegebiets abhängig, dem auch entsprochen wurde. Auch wird der Kindergarten selbst als Passivhaus gebaut.
5. Aufgrund des Antrags der **GRÜNEN** wurde die Stelle eines Klimamanagers genehmigt, der das Klimaschutzkonzept erarbeiten und umsetzen soll. Das Ausschreibungsverfahren läuft derzeit.

Mobilität

Alle im Wahlprogramm 2016 festgeschriebenen Ziele der GRÜNEN zu Mobilität wurden erreicht bzw. übererfüllt. Die **GRÜNEN** haben sich durch ihren qualifizierten **ÖPNV Dezernenten Rolf Kerger** als Fachleute im Bereich Mobilität einen guten Ruf erwerben.

Sei es die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV oder die Installation der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge: eine Vielzahl von Vorhaben wurde von den **GRÜNEN** auf den Weg gebracht:

1. Die Anbindung des ÖPNV wurde verbessert.
2. Abgasarme und barrierefreie Busse kommen jetzt zum Einsatz.
3. Viele Haltestellen sind bereits barrierefrei umgebaut.
4. Das digitale Fahrgastinformationssystem wurde installiert und wird ausgeweitet.
5. Der von den **GRÜNEN** beantragten Implementierung eines elektronischen Parkleitsystems wurde für die Haushalte 2020/2021 zugestimmt.
6. An Kombitickets für Kurgäste oder als KKK Königstein-Kronberg-Karte wird gearbeitet. Die **Schwarz-Grüne Landesregierung** hat für Schüler*innen und Senior*innen das 1 € Ticket pro Tag als Jahreskarte eingerichtet.

7. Parkplätze mit Ladeeinrichtungen für e-Autos sind in der Kernstadt vorhanden; dem von den **GRÜNEN** geforderten Ausbau für die Ortsteile wurde nur für e-Bikes, aber nicht für e-Autos entsprochen.
8. Das Fahrradwegekonzept mit Verbindungen zu den Ortsteilen und den Nachbargemeinden wurde von den **GRÜNEN** eingebracht und wird derzeit ausgeschrieben.

Natur- und Umweltschutz

Natur- und Umweltschutz dient der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Während der Legislaturperiode haben sich die Probleme für die Biotope unserer Wiesen und Wälder deutlich verschärft. Wie mit dem Klimawandel konstruktiv im Außen- und Innenbereich Königsteins für die Flora und Fauna umgegangen werden wird, ist noch nicht absehbar. Nach wie vor gilt jedoch, weitere Flächenversiegelungen durch innere Verdichtung so gering wie möglich zu halten. Alle Baumaßnahmen werden inzwischen verpflichtend auf ihre Umweltauswirkungen überprüft. Dringend ist es weiterhin, die Maßgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie auch innerstädtisch durchzusetzen.

1. Bei der Gestaltung der Grünflächen der Stadt wird die Biotopeignung weitgehend berücksichtigt. Eine Blühwiese neben dem Schwimmbad wurde vom Magistrat eingerichtet. Weitere Flächen sollen ausgewiesen werden.
2. Die Ökopunkte (naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen) werden als gemeinsamer Antrag auch von den **GRÜNEN** nunmehr nachweislich nur für Maßnahmen im innerstädtischen Bereich verwendet.
3. Die Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie werden durch Antrag der **GRÜNEN** schrittweise umgesetzt. Im Reichenbachtal oberhalb der B 8 werden Abstürze und Weiher im Hauptschluss beseitigt. Der Hauptschluss um den Woogtalweiher ist nach dem Unwetter nicht mehr funktionsfähig. Auch dessen Neugestaltung wird durch Mittel der Schwarz/GRÜNEN Landesregierung im Rahmen des Programms „100 wilde Bäche“ subventioniert. Der Woogtalweiher wird auf Initiative des Woogtal Dialogs, dem die **GRÜNEN** aktiv angehören, belüftet um die mächtige Schlammschicht am Weihergrund zu mineralisieren.
4. Die **GRÜNEN** haben die Zisternensatzung für Königstein rechtssicher gefasst.
5. Der Antrag der **GRÜNEN** zur Optimierung des Trink- und Brauchwasser-managements wurde gemeinsam von allen Fraktionen eingebracht.
6. Das Baulückenkataster wurde explizit nicht erstellt, es werden aber alle Bebauungspläne überarbeitet und auf zusätzliche verträgliche Bebauung hin überprüft, wie auch von den **GRÜNEN** mitbeschlossen.

Kultur – Geschichte mit Zukunft

Kultur als Ausdrucksform künstlerischer Betätigungen ist identitätsstiftend für Individuen und Kulturen. Die **GRÜNEN** unterstützen die Musikschule, die Kunstwerkstatt und internationale Kulturarbeit. Wir stehen für historische Forschung und die Pflege unserer Kulturdenkmäler.

1. Die Veranstaltung Rock auf Burg wird auch mit den Stimmen der **GRÜNEN** von der Stadt gefördert.

2. Die Förderungen der Musikschule und der Kunstwerkstatt werden ebenfalls von den **GRÜNEN** unterstützt. Beide haben inzwischen neue Räume bezogen.
3. Die im Wahlprogramm der **GRÜNEN** geforderte Festschrift zum 100. Todestages des Kurarztes Oskar Kohnstamm ist im Jahrbuch des Hochtaunus-Kreises erschienen.
4. Die von den **GRÜNEN** geforderten Prinzipien des ökologischen Denkmalschutzes, der der historischen Bedeutung und der sekundären ökologischen Funktion gerecht wird, wurden zwischen den Behörden verpflichtend vereinbart und werden umgesetzt.

Familienpolitik – Verantwortung übernehmen

Familien sind für die **GRÜNEN** überall da, wo Menschen verbindlich Verantwortung füreinander übernehmen. Das gilt zwischen allen Generationen. Dabei wollen die **GRÜNEN** unterstützen und den institutionellen Rahmen stärken.

Familien und Kinderbetreuung

1. Zurzeit werden ausreichend Betreuungsplätze für Kinder in der Kernstadt und den Stadtteilen angeboten, aber nur, weil ein Teil der Altersgruppe außerhalb Königsteins betreut wird. Die Betreuungszeiten sind flexibel. Das Angebot wird durch den Neubau des Kindergartens Hardtberg ausgebaut werden, den auch die **GRÜNEN** mittragen. Dort werden auch städtische U3-Plätze entstehen.
2. Die Nachmittagsbetreuung der Kinder in Falkenstein wurde durch einen Neubau an der Grundschule erweitert, dessen Bau auch die **GRÜNEN** forciert haben.
3. Freizeitgestaltung wird durch Vereine und durch die Stadt angeboten. In der laufenden Legislaturperiode wurde ein ehemaliges Kirchengebäude mit den Jugendlichen saniert und als Jugendhaus eingerichtet. Kürzlich wurde das Jugendcafe eingeweiht, alles Maßnahmen, die von den **GRÜNEN** mitinitiiert und unterstützt worden sind.
4. Zur Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde im Haushalt 2021 auf Antrag der **GRÜNEN** und der CDU eine neue Stelle geschaffen.

Senioren

GRÜNE Politik steht für die verantwortungsbewusste und aktive Gestaltung des Alters. Angesichts des hohen Anteils der Senior*innen an der Bevölkerung Königsteins sollte sich die Politik stärker an deren Bedürfnissen ausrichten. Doch den geplanten Vorhaben für die letzte Legislaturperiode wurde die Politik bisher nicht gerecht.

1. Senior*innenenfreundliche Quartiersgestaltung mit Mobilitätsangeboten, wohnungsnahen Handels- und Versorgungseinrichtungen sowie gezielten Trainings- und Mentoringprogrammen wird in Königstein bislang nicht umgesetzt.
2. Die aktive ehrenamtliche Beteiligung der Senior*innen an gesellschaftlichen Aufgaben wird zwar in individueller Initiative wahrgenommen, aber zu wenig aktiv gefördert.

Gender – Chancengleichheit für Frauen und Männer

1. Die Stelle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Stadt ist besetzt und wird aktiv ausgefüllt. Der erarbeitete Frauen- und Gleichstellungsplan wurde auch von den **GRÜNEN** mitverabschiedet.

Inklusion – „ich will so leben wie ich bin“

Behinderte erklären selbstbewusst: „Nichts über uns ohne uns!“ So fordern die **GRÜNEN** in einem partizipativen Prozess zusammen mit den Betroffen Lösungen für den barrierefreien Zugang zu öffentlicher Infrastruktur zu garantieren.

Königstein öffentlichen Raum ist bisher kaum auf Behinderte eingerichtet. Die Notwendigkeit der Barrierefreiheit gewinnt erst langsam an Einsicht, nicht zuletzt durch gesetzliche Vorgaben.

1. Die gesetzliche verpflichtete Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr wurde aufgrund der Initiative und des Managements des **ÖPNV Dezernenten der GRÜNEN Rolf Kerger** eingerichtet.
2. Städtische Veranstaltungen finden zumeist in barrierefreien Einrichtungen statt.
3. Über die Vorhaben im Wahlprogramm hinaus, wurde auch dem Bau eines Außenaufzugs am Rathaus zum barrierefreien Zugang der oberen Geschosse auf Antrag der **GRÜNEN** für den Haushalt 2021 zugestimmt.
4. Es existieren zwei blindengerechte Ampeln, weitere müssen noch entsprechend umgerüstet werden.
5. Dem Antrag der **GRÜNEN** für den behindertengerechten Zugang zur Burg wurde für den Haushalt 2021 nicht entsprochen, es blieb bei einem Prüfantrag.
6. Die Beschäftigungsquote von 5% behinderter Menschen wird in der Verwaltung eingehalten.

Asyl und Integration

Der Beginn der letzten Legislaturperiode stand unter dem Eindruck der Flüchtlinge, die in Deutschland Zuflucht gesucht hatten. Die **GRÜNEN** sprechen sich für eine Migrationspolitik aus, die die Einwanderung ermöglicht und die Rechte Geflüchteter und Asylsuchender schützt. Wir stehen für eine inter-kulturelle Gesellschaft, in der Partizipation und Aufstiegsmöglichkeiten gerecht verteilt sind. Derzeit liegt der Schwerpunkt auf der Integration der Flüchtlinge und ihrer Kinder in die Gesellschaft. Alle für diesen Bereich relevante politische Entscheidungen wurden von den **GRÜNEN** unterstützt.

Die 2016 im Wahlprogramm geforderten Maßnahmen wurden zumeist in Kooperation der Stadt Königstein, der Vereine und der Kirchen umgesetzt:

1. Networking und Integration der Flüchtlinge in vorhandene Strukturen.
2. Kostenlose Teilnahme an Freizeitaktivitäten der Kommune und Vereine.
3. Bereitstellung von Therapieangeboten und Schulungen der Helfer.
4. Unterstützung des Ehrenamts und transparente Kooperation von Kreis, Stadt, Schulen und Ehrenamt.

5. Einstellungen von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund bei der Kommune sofern es die Qualifikation erlaubt.
6. Hauptamtliche Mitarbeiter zur Koordination der Integration von Migrant*innen.

Teilhaben und Einmischen – Das Recht auf Mitwirkung

Die **GRÜNEN** setzen sich für Transparenz und Beteiligung in der Politik ein. So sollten die parlamentarischen Entscheidungsprozesse während ihres Verlaufs klarer kommuniziert und durch verbindliche demokratische Mitwirkung der Bevölkerung begleitet werden.

1. Es werden Bürger*innenversammlungen mit Anhörungen zu Bauvorhaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften abgehalten.
2. Politikbeteiligung ist im Rahmen von Bürger*innenbegehren und -entscheiden gesetzlich vorgesehen und wird eingesetzt.
3. Aus der Arbeit der Ortsbeiräte wird deren Haltung zu anstehenden Entscheidungen bekanntgegeben.
4. Die **GRÜNEN** haben die Umsetzung der Digitalen Vorhabenliste auf der Website der Stadt Königstein nach zähen Verhandlungen erreicht. Für den Haushalt 2021 beantragten die **GRÜNEN** gemeinsam mit der SPD die Einrichtung einer digitalen Dialogplattform, die mehrheitlich beschlossen wurde.